

## Positionspapier (MCOP27)

Delegierte: **Samy Fawzy** (ESK)

Betreuende Lehrerin: **Fr. Husemeyer**

Menschenrechtsrat

Land: Vereinigtes Königreich

Das Vereinigte Königreich ist der Ansicht, dass jeder das Recht auf eine ausreichende Menge an vernünftig erschwinglichem und zugänglichem Wasser hat, das zum Überleben notwendig ist. Obwohl Großbritannien jetzt keine direkten Wasserknappeitsprobleme hat, wird der Klimawandel neben anderen Faktoren zu einer verringerten Wasserverfügbarkeit und einer geringeren Flusswasserqualität führen. Es wird geschätzt, dass Großbritannien im Jahr 2050 mit Wasserknappheit konfrontiert sein wird. Ein parlamentarischer Ausschuss hat sogar davor gewarnt, dass einigen Teilen Englands bis 2040 das Wasser ausgehen könnte. Der Klimawandel führt zu heißeren, trockeneren Sommern wie dem jetzigen (2022), und die Sommerniederschläge in England werden voraussichtlich um etwa 15 Prozent zurückgehen bis in die 2050er Jahre um etwa 15 Prozent zurückgehen.

Der Klimawandel führt zu weniger Wasser und schlechtere Wasserqualität. Insbesondere der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist für Milliarden Menschen weltweit gefährdet. Großbritannien war Gastgeber der COP26 und arbeitet an den sich selbst gesetzten Zielen, indem es den Kohleausstieg beschleunigt, die Entwaldung aufhält, den Umstieg auf Elektrofahrzeuge beschleunigt und Investitionen in erneuerbare Energien fördert. Als Unterzeichner des Pariser Abkommens (COP25, 2015) hat sich das Vereinigte Königreich dazu verpflichtet, zur weltweiten Emissionsreduzierung beizutragen, um den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen. Die britische Regierung hat alle sechs vom Parlament genehmigten CO<sub>2</sub>-Budgets von dem unabhängigen „Climate Change Committee“ (CCC) akzeptiert, dass durch den „UK Climate Change Act“ 2008 geschaffen wurden. Das Vereinigte Königreich hat derzeit die dritte CO<sub>2</sub>-Budgetperiode (2018 bis 2022) erreicht mit 37% CO<sub>2</sub>-Reduktion. Durch den „Climate Change Act“ hat sich die britische Regierung verpflichtet, die Emissionen bis 2050 um 100 % des Niveaus von 1990 zu reduzieren.

Das Vereinigte Königreich empfiehlt, dass das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard schrittweise von den Staaten im Rahmen ihrer verfügbaren Ressourcen verwirklicht werden sollte. Wasser wird für viele verschiedene Zwecke benötigt. Das Recht auf Wasser bedeutet, dass Wasser zum Trinken, Kochen und für die persönliche Hygiene vorrangig zugeteilt werden muss.

Wir, die Welt, sitzen im selben Boot und hoffen, durch die Einhaltung des Kyoto-Protokolls und des Pariser Abkommens, globale Stabilität und Harmonie zu erreichen und insbesondere die Wasserkrise zu vermindern. Das Vereinigte Königreich möchte andere Länder ermutigen, den neuartigen methodischen Rahmen des „CCC“ ganz oder teilweise zu verwenden, um ihre jeweiligen Klimarisikobewertungen und daraus resultierenden Pläne zu berichten, so wie es Neuseeland und Korea getan haben. Darüber hinaus haben Schweden, Neuseeland und viele andere Länder ihre eigene Gesetzgebung auf das britische Klimaschutzgesetz „Climate Change Act“ untergebaut. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, um sowohl die Planung für eine Reihe zukünftiger Klimaszenarien zu verbessern, darunter einen Anstieg der globalen Temperatur um mindestens 2 °C, als auch Maßnahmen zur Verringerung des Risikos zu ergreifen.

Damit mehr Menschen Zugang zu sauberem Wasser haben, brauchen Länder einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und Energie. Die Länder sollten ihre Zukunft durch geplante Minderung und Anpassung sichern. Einsparung kann das endgültige Ausmaß des Klimawandels und seiner Auswirkungen verringern, erfordert jedoch globale Lösungen und Zusammenarbeit, während die Anpassung auf nationaler und lokaler Ebene erfolgen kann und muss.

Hierzu müssen alle Länder einen entscheidenden Beitrag leisten.